

Informationsblatt für betroffene Personen

Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreiswahlleiter des Landkreises Harburg Erster Kreisrat Kai Uffelmann Schloßplatz 6 21423 Winsen (Luhe)

Telefonservice: 04171 693-0 Telefax: 04171 693-99100

E-Mail: kreiswahlleiter@LKHarburg.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter des Landkreises Harburg Schloßplatz 6, 21423 Winsen (Luhe)

E-Mail: <u>datenschutz@LKHarburg.de</u>

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt. Die Verarbeitung dient folgendem Zweck:

- Organisation und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen.
- Erhoben werden die Daten der Mitglieder der Wahlausschüsse und vorstände sowie von Wahlberechtigten, deren Wahlschein für ungültig erklärt wurde.

Die Rechtsgrundlagen, auf denen die Daten erhoben werden, ergeben sich aus den einschlägigen Datenschutz- und Wahlgesetzen und sind insbesondere geregelt in § 1 Abs. 8 BDSG, Art. 6 Abs. 1 c und Art. 9 Abs. 2 g DSGVO, § 5 Abs. 3 EuWG, 9 BWG, §§ 12 Abs. 2 – 5 und 25 NLWG, § 10 NKWG, § 27 Abs. 8 EuWO, § 28 Abs. 8 BWO, § 22 Abs. 7 NLWO, § 26 NKWO.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO) Ihre personenbezogenen Daten werden nur dann an externe Empfänger weitergegeben, wenn dies zur Erfüllung der unter Ziffer 3. genannten Zwecke erforderlich ist oder eine andere gesetzliche Erlaubnis besteht. Die Daten der Wahlberechtigten, deren Wahlschein für ungültig erklärt wurde, werden gemäß den gesetzlichen Regelungen an die Wahlvorstände des jeweiligen Wahlkreises übermittelt. Ferner arbeitet der Landkreis Harburg mit Dienstleistern zusammen, die Serviceleistungen erbringen, wie beispielsweise in den Bereichen der technischen Infrastruktur und Bereitstellung, Wartung sowie Pflege von Datenverarbeitungssystemen. Diese Dienstleister verarbeiten Daten ausschließlich im Auftrag und unter Kontrolle des unter Ziffer 1. bezeichneten Verantwortlichen.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO) Es findet keine Übermittlung an Drittländer statt.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Personenbezogene Daten werden nur solange gespeichert, wie dies für die Erfüllung der unter Ziffer 3. genannten Zwecke und zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften erforderlich ist. Die Dauer der Speicherung richtet sich nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften der entsprechenden Wahlgesetze und Verordnungen bzw. den Bekanntmachungen der Bundes- und Landeswahlleitung, insbesondere auch § 83 EuWO, § 90 BWO, § 84 NLWO, § 88 NKWO.



Informationsblatt für betroffene Personen

Die personenbezogenen Daten der Mitglieder der Wahlausschüsse und -vorstände werden für zukünftige Wahlen und Abstimmungen gespeichert. Dieser Speicherung kann die betroffene Person jederzeit **widersprechen**.

7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 DSGVO).
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

8. Beschwerderecht

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der

Landesbeauftragten für den Datenschutz Niedersachsen

Prinzenstraße 5 30159 Hannover

Telefon: 0511 12-4500

E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de

wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.